

Große Mehrheit im Stadtrat gegen Windräder in Blankenhain

Verwaltung soll alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Änderungsantrag dreier Stadträte scheiterte

VON MICHAEL BAAR

Blankenhain. Der Stadtrat der Lindenstadt Blankenhain hat einen Beschluss gefasst, mit dem er die Errichtung von Windenergieanlagen im Gebiet der Stadt Blankenhain einschließlich ihrer Ortsteile ablehnt. Der Bürgermeister wurde beauftragt, den Beschluss und dessen Begründung mit einer umfassenden Stellungnahme bis zum 28. Juni bei der Regionalen Planungsstelle Mittelthüringen im Landesverwaltungsamt und im Landratsamt einzureichen.

Der von den Fraktionen CDU und UBI eingereichte Antrag wurde in namentlicher Abstimmung entschieden. Zuvor aber legten Dr. Frank Augsten (Grüne), Stefan Wogawa und Michael Eberhardt (beide Linke)

einen Änderungsantrag vor, mit dem sie vor allem pragmatische Argumente in die Diskussion warfen. Sie wollten dem strikten Nein ein geordnetes Verfahren samt Änderung des Flächennutzungsplans entgegen setzen.

Kein Befassungsrecht für den Stadtrat

Blankenhain hätte dann nur eine geeignete Vorrangfläche für höchstens fünf Windkraftanlagen, die mindestens tausend Meter von der Wohnbebauung entfernt gewesen wären. Die Errichtung weiterer Windkraftanlagen würde abgelehnt. Ein solches Wahrnehmen der Planungshoheit, so Frank Augsten, hätte mehr Chancen, in die Re-

gionalplanung einzugehen, als ein Beschluss gegen Windenergieanlagen. Für solche Entscheidungen habe der Stadtrat gar kein Befassungsrecht.

Derzeit müssen die Stadt und ihre Ortsteile mit fünf Vorrangflächen auf insgesamt 355 Hektar rechnen, auf denen 32 Windräder stehen. In unmittelbarer Nachbarschaft geht es zudem um vier Gebiete mit 20 Anlagen.

Auch das Argument, dass mit dem Änderungsantrag ein Interessenausgleich geschaffen werde, stimmte die Mehrheit nicht um. Augsten: Ein striktes Stadtrats-Nein werde das Gegenteil erreichen. Interessenten würden die Stadt mit einer Fülle von Privatklagen überziehen, warnen die drei Antragsteller. – Ihrem Vorstoß fehlten 15 Stimmen und zwei Enthaltungen.

Den Hauptantrag begründete Christoph Hagemann (CDU) mit einem weitgehenden Vorsorge- und Vorbeugeverständnis für den Schutz der Umwelt sowie von Leben und Gesundheit der Bürger. Zudem bestünden planerische Unwägbarkeiten. Das zwingt den Stadtrat, das Risiko drastisch zu reduzieren.

Stadtrat stimmte namentlich ab

Statt der Ausweisung von Windkraft-Vorranggebieten sollte die Regionalplanung im Stadtgebiet Blankenhain Standortmöglichkeiten und Wirtschaftlichkeit anderer regenerativer Energien bewerten, denen die Stadt offen gegenüber steht.

Bis auf die drei Antragsgegner und eine Enthaltung votierten 16 Stadträte für das Windrad-Nein. In einem zweiten Beschluss beauftragten sie auf Antrag von UBI und CDU die Verwaltung, sämtliche rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, das Errichten von Windkraftanlagen in der Gemarkung auch tatsächlich zu unterbinden. Die Ergebnisse von rechtlichen Würdigungen soll die Verwaltung allen Bürgern öffentlich zugänglich machen.

Einen dritten Antrag zogen UBI und CDU zurück: Er zielte darauf, eine Veränderungssperre zu erlassen, durch die Bauanträge für Windenergieanlagen zurückgestellt werden sollten. Wegen rechtlicher Mängel wurde dieser Antrag jedoch wieder zurückgezogen.